

Mitgliederversammlung der Vereinigung [...]

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **8 (1982)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Mitgliederversammlung der Vereinigung vom Samstag, den
5. Juni 1982 im Hôtel du Peyrou, Neuenburg

I. Podiumsgespräch über das Thema "Wie lässt sich die
Qualität von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen
aufrechterhalten?"

unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Jean-Louis Leuba
(Neuenburg) und unter der Mitwirkung der Herren
Dr. Rolf Deppeler, Generalsekretär der Schweizerischen
Hochschulkonferenz (in Vertretung des Präsidenten,
Regierungsrat Dr. Marius Cottier)

Prof. Dr. Gerhard Huber, Präsident des Schweizerischen
Wissenschaftsrates

Prof. Dr. Urs Hochstrasser, Direktor des Bundesamtes für
Bildung und Wissenschaft

Nationalrat François Jeanneret, Alt-Regierungsrat

Prof. Dr. Dominique Rivier, Alt-Rektor der Universität
Lausanne

Prof. Leuba stellt den neugewählten Präsidenten der
Vereinigung, Prof. Dr. Hans Heinrich Bosshard, von der
ETH Zürich, vor. Prof. Bosshard richtet einige Worte der
Begrüssung an die Anwesenden.

Das Gespräch wird durch Dr. Deppeler eröffnet. Die gegen-
wärtige Situation im Hochschulwesen wird durch vier Vor-
aussetzungen bestimmt: (1) Die Qualität der Hochschulen
muss erhalten, ev. erhöht werden, auch für den Basis-
studenten. (2) Trotz der Zunahme der Studentenzahlen, die
sich noch zehn Jahre fortsetzen dürfte, sollte man aus
sozialen und politischen Gründen keine Zulassungsbe-
schränkungen einführen. (3) Unsere Bildungsziele sowohl
auf der Stufe der Mittelschule als auch auf der Stufe der
Hochschule werden zwar erörtert, jedoch nicht in Frage

gestellt. (4) Die finanziellen Mittel stagnieren; sie entwickeln sich nicht parallel zur Zunahme der Studentenzahlen. Nach Ansicht von Dr. Deppeler ist es nicht möglich, bis 1990 alle diese vier Postulate gleichzeitig zu erfüllen. Irgendwo muss man Abstriche machen. Seine persönliche Meinung ist:

(1) Wenn wir nichts tun, opfern wir das, was wir gerade nicht opfern wollen: die Qualität. (2) Zur zentralen Frage wird es, ob wir die notwendigen finanziellen Mittel erhalten werden. Für die Jahre 1984-1987 erachten die Hochschulen einen realen Zuwachs der Mittel von mindestens 3 % pro Jahr als notwendig. (3) Kurzfristig müssen wir entscheiden, ob wir heute in der Hochschulpolitik die gleichen Ziele verfolgen wollen, die man sich stellte, als sich etwa nur 4 % eines Jahrgangs an den Hochschulen immatrikulierten. (4) Ist die Einführung eines Numerus clausus wirklich unmöglich - sozial und politisch? Dr. Deppeler hält es für keine Katastrophe, wenn die Zulassungsbeschränkungen in der Medizin nicht umgangen werden könnten. Wir geben heute über 400 Millionen jährlich für Medizin aus. Eine Kapazitätserhöhung würde weitere Kosten verursachen, was nicht als eine harmonische Entwicklung bezeichnet werden kann. Dr. Deppeler plädiert also für eine limitierte Einführung des Numerus clausus.

Präsident Huber: Es ist Aufgabe jedes Mitgliedes der Hochschulen, die Finanzpolitik des Bundes und der Kantone zu unterstützen. Das setzt voraus, dass die Hochschulen selbst über Prioritäten entscheiden. Im gymnasialen Bereich sind Anstrengungen wesentlich, Maturanden auf selbständige wissenschaftliche Arbeit vorzubereiten. Dazu gehört auch Beherrschung der Muttersprache. Heute wird oft der Dialekt gefördert, so dass die hochsprachliche Kompetenz darunter leidet. Die richtige Erfüllung dieser Aufgabe setzt die Kompetenz der Lehrer voraus. - Die Hochschuldozenten müssen die Qualitätsproblematik überprüfen. Zunächst in der Lehre. Jakob Burckhardt hat von zwei Weisen gesprochen, Geschichte zu betreiben: erzählen oder Zusammenhänge zu erfassen. Ein

Unterricht ist nötig, der zum Verstehen anleitet und nicht Tatsachenwissen vermittelt. Dies sollte Aufgabe einer inneren Studienreform werden. Das gilt analog für die Forschung, wo die Verschiebung zu echten Problemen erfolgen sollte. Auch eine interne Differenzierung des Ausbildungsniveaus ist nötig. Heute unterscheidet man das Diplomstudium und das Doktorat. Wäre es nicht möglich, schon in der ersten Phase der Ausbildung das zweite Niveau ins Auge zu fassen, bereits hier die Begabtesten zu fördern, eine positive Selektion durchzuführen, das heisst nicht durch Eliminierung, sondern durch eine Eliteförderung?

Direktor Hochstrasser: Für ihn, als Vertreter des Bundes lautet die Frage nicht, wie die Qualität der Lehre und Forschung praktisch zu erhalten ist, sondern: durch welche Massnahmen sie zu fördern wäre. Weil die vier Forderungen von Dr. Deppeler gleichzeitig nicht erfüllt werden können, müssen wir ein Optimum suchen. (1) Die Qualität ist von ausserordentlicher Bedeutung, das ist die erste Priorität. (2) Die Vermeidung des Numerus clausus ist aus staatspolitischen Gründen ebenso wichtig; hier können wir keine Kompromisse schliessen. Die Einführung von Zulassungsbeschränkungen wäre systemwidrig. Eine solche Massnahme im Bereiche der Medizin würde einen Dambruch bedeuten, wie uns die ausländischen Beispiele zeigen. (3) Die Bewahrung von traditionellen Bildungszielen ist keine wichtige Bedingung, unser System darf nicht statisch sein. (4) Die Stagnation im Finanzbereich ist keine absolute. Wir haben einen Sparbefehl vom Volk erhalten, aber wir müssen ihn so erfüllen, dass die Prioritäten richtig gesetzt werden. Heute wird mit der 10 %-Kürzung die Holzhammermethode angewendet - wie es ein Bundesrat bezeichnet hat. Zu den Prioritäten gehören Lehre und Forschung als Schlüssel für die Zukunft. Hier darf man nicht einfach die Ausgaben plafonieren. Eine sparsame Finanzpolitik ist nicht nur eine Pflicht der öffentlichen Hand. Auch die Hochschulen müssen hier ihren Beitrag leisten, damit die finanziellen Mittel noch besser genützt werden. Eine weitere Aufgabe der Hochschulen - eine Aufgabe

nach aussen - bilden die Bemühungen, in der Oeffentlichkeit um Verständnis für Hochschulen und Forschung zu werben.

Le Conseiller national Jeanneret: Vu les exposés des autres conférenciers, l'orateur ne s'attache qu'à clarifier les trois notions essentielles qu'implique le problème du numerus clausus:

(1) Il y a une première notion, très générale d'ordre politique, voire philosophique. C'est celle dont a reparlé récemment au Dies de Genève le Conseiller d'Etat André Chavanne. Sur ce terrain, l'orateur ne suit pas du tout ceux qui excluent toute espèce du numerus clausus. Un Etat peut choisir le système qu'il veut. Ce n'est pas en soi un système aberrant que d'imaginer des concours d'entrée, des limitations d'accès quant au nombre de places disponibles, etc... On ne peut donc pas défendre absolument un numerus clausus au nom de principes abstraits et théoriques. En revanche, il y a lieu d'examiner ses modalités éventuelles à la lumière de nos institutions confédérales.

(2) Il y a d'abord un numerus clausus contre lequel tout le monde a lutté avec raison, c'est celui qui prévoirait une inégalité de chances entre les étudiants de cantons différents. Il n'est pas admissible de penser qu'un Thurgovien ou un Valaisan ne puisse pas avoir les mêmes droits qu'un Zurichois ou qu'un Neuchâtelois. Cette prise de conscience a été telle que les cantons non universitaires ont pris des mesures avec efficacité et rapidité et que le concordat qui a été adopté sur le plan suisse en cette matière est une des plus éclatantes réussites du fédéralisme de ces dernières années. Le fait d'avoir inscrit une fois pour toutes, dans le budget de 18 cantons non universitaires, le principe d'une aide est essentiel; les montants pourront toujours être revus au courant des années.

(3) Enfin, et c'est cela l'important, le numerus clausus est contraire dans l'ensemble du pays à nos institutions, et ceci pour deux raisons:

(a) Les lois du marché doivent fonctionner à la fois sur le

plan matériel et sur le plan humain. Il ne faut pas les remettre en cause artificiellement. Il n'y a pas de doute que des jeunes médecins, généralistes, se sont à nouveau installés dans les vallées des Grisons, à Glaris, en Gruyère ou au Val-de-Travers parce que l'Hôpital cantonal de Genève ou la Bahnhofstrasse de Zurich se trouvaient encombrés. S'il n'y avait pas eu cette pression naturelle, il est peu probable que les organisations médicales aient pu procéder à une régulation planifiée.

b) Nous ne devons pas imiter le système français qui est forcément contraire au nôtre. La France pratique dans les hautes écoles le système du concours, mais elle assure alors à ceux qui sont choisis des débouchés automatiques au service de l'Etat. On appartient à un corps dont on ne démissionne jamais. Si l'on change provisoirement de métier, on peut revenir à la maison mère. Il y a donc là un engagement de l'Etat sur le plan professionnel que les cantons et la Confédération, à juste titre, ne veulent pas envisager. Nous voulons que nos universités soient ouvertes à chacun et prévoir une infrastructure pour accueillir tous les étudiants. La conséquence de cette liberté, c'est la responsabilité individuelle devant l'emploi.

Avec d'autres membres de la table ronde, l'orateur constate que les mesures à prendre doivent l'être à l'intérieur du système universitaire. Une sélection plus exigeante est possible. Seuls les étudiants profondément motivés doivent être encouragés. Enfin, les mesures de dissuasion indirectes demeurent parfaitement valables. Par contre, l'Etat n'a pas le droit de se désintéresser des débouchés en méconnaissant l'information. Il doit rendre les jeunes attentifs à la situation dans tel ou tel secteur et les informer largement, mais en les laissant faire leur choix. Les cantons agissent d'ailleurs en ce sens et fort bien. L'Université a dans le fond moins de soucis que les écoles primaires et secondaires. On ferme des classes maintenant au vu de la démographie. Lorsqu'il y aura moins d'étudiants à l'université, on pourra constater que l'encadrement est meilleur, mais on ne renverra

personne. Le jour où il y aurait trop peu d'étudiants dans les hautes écoles, celles-ci se plaindraient aussi pour d'autres motifs. On regrettera qu'elles ne soient pas assez remplies et qu'il n'y ait pas une masse critique nécessaire à l'enseignement.

L'orateur conclut en disant qu'il faut poursuivre la politique actuelle, renoncer à un *numerus clausus* et trouver des solutions dans la réforme interne de l'université.

Le professeur Rivier voudrait s'exprimer sur l'ensemble du thème sous la forme de douze thèses. Il commence avec trois remarques.

1) La première remarque tient au sujet même de notre discussion: comment garantir la qualité de l'enseignement et de la recherche universitaires? La question n'est pas de savoir s'il faut, oui ou non, garantir cette qualité: on ne met donc pas en question la nécessité, pour notre pays, d'institutions universitaires de qualité. Dont acte.

2) D'où la deuxième remarque: le terme université - et son dérivé universitaire - ont vu leur sens parfois considérablement élargi: dans ce qui suit et pour la clarté de la discussion on s'en tiendra au sens traditionnel. Par université - ou établissement d'enseignement tertiaire de type universitaire -, on entend donc une institution multidisciplinaire où recherche et enseignement sont étroitement liés. En décernant le grade de docteur, un établissement universitaire s'engage à enseigner notamment la recherche: la thèse de doctorat couronne un travail de recherche original, personnel et recevable par la communauté scientifique internationale.

Cette distinction ne diminue en rien l'importance des autres établissements d'enseignement tertiaire, dans lesquels la recherche n'est que contingente, établissements que, par commodité, l'on peut appeler établissements d'enseignement tertiaire non universitaire.

3) La dernière remarque souligne l'unanimité qui semble

régner dans l'appréciation générale de la situation des universités suisses et l'évolution probable de cette situation au cours des années à venir:

(a) Après avoir cru régulièrement au cours des dernières décennies au taux moyen de 4 à 5 %, la demande sociale vers l'université va continuer de croître à un taux à peine inférieur, 3 à 4 %, pendant plusieurs années encore.

(b) Reconnus aujourd'hui comme insuffisants, les moyens financiers qui sont effectivement mis à la disposition des établissements universitaires suivront un taux de croissance nettement inférieur.

(c) L'instauration d'un numerus clausus généralisé - sous quelque forme que ce soit - n'est recommandable ni politiquement, ni socialement.

Cela dit, Monsieur Rivier expose ses 12 thèses, groupées sous quatre titres.

I. La situation des universités

Thèse 1 Soumise depuis une vingtaine d'années aux pressions - tantôt antagonistes, tantôt convergentes - des idéologies, du social, de la politique, de la bureaucratisation et enfin de la multiplication des savoirs et des techniques, l'université devient un service public à usages multiples dont la vocation originale se perd.

Thèse 2 Autrefois répartis entre les seuls professeurs et l'Etat, pouvoir et responsabilités dans l'enseignement supérieur sont aujourd'hui éparpillés sur les autorités politiques, les hiérarchies bureaucratiques, les organes interuniversitaires, les organes de l'université (sénat, rectorat, facultés, département) sans parler des conseils, commissions et conférences à multiplication rapide. Cette dispersion du pouvoir, des responsabilités et des intérêts, rend de plus en plus difficile la formation d'une politique de l'institution universitaire.

Thèse 3 Si lancinant puisse-t-il être ponctuellement, le manque de moyens financiers ne constitue pas le mal le plus grave dont souffrent les universités aujourd'hui. Vocation

perdue, pouvoir dissipé, responsabilités diluées, absence de politique, sont les causes profondes de la dégradation, lente mais sûre de nos universités.

II. La nécessité d'une réforme de l'enseignement tertiaire

Thèse 4 En dépit de leurs aspects indéniablement positifs, l'élargissement de l'enseignement secondaire, et particulièrement la multiplication comme la spécialisation des types de maturité ont porté atteinte à la formation générale des étudiants entrant à l'université, ce qui complique la tâche de celle-ci. Revenir en arrière ne semble toutefois ni possible ni souhaitable. C'est à l'enseignement tertiaire, et singulièrement à l'université de se réformer.

Thèse 5 Isolée au sein d'un enseignement tertiaire lui-même tourné vers la diversité et la spécialisation professionnelle indispensables à la nation, l'université, nolens volens, s'est laissée progressivement imposer un trop grand nombre de tâches et d'étudiants. C'est ainsi qu'elle a peu à peu oublié sa vocation première, qui est de former les hommes d'élite (élite de l'intelligence, de la culture et du caractère) élite dont tout pays a un urgent besoin, même - j'aurais tendance à dire surtout - le plus démocratique d'entre eux.

III. Les objectifs d'une réforme de l'université

Thèse 6 C'est dans cette perspective de la meilleure formation d'une élite au service du bien commun - et non d'une classe, d'une corporation ou de l'Etat -, il convient de réformer l'enseignement et la recherche universitaires. Il faut notamment mieux répartir les tâches de formation entre les établissements de type universitaire et les autres, tous visant à l'excellence, qui ne saurait être évidemment l'apanage de l'université.

Thèse 7 La conception et le contenu des enseignements de base doivent être repris dans le sens d'un approfondissement (non d'un étalement) des formations principales: sciences humaines, sciences médicales, sciences naturelles

et sciences techniques. Pour cela, l'encyclopédisme complaisant qui a trop souvent régné ces dernières décennies devrait faire place à des synthèses et des choix rigoureux, portant sur les acquisitions fondamentales de la connaissance. Quant aux enseignements avancés, ils devraient être conçus dans la perspective de nourrir et approfondir à la fois les enseignements de base et la recherche fondamentale, entre lesquels ils jouent le rôle d'indispensables médiateurs.

Thèse 8 Bien que la difficulté de l'entreprise soit d'une autre ampleur, il devrait être possible aussi de reprendre la conception, voire le contenu de la recherche à l'université, cela toujours dans la perspective d'une meilleure formation de cette partie de l'élite qu'il appartient à l'université seule de former. Nourrir les enseignements de base à travers les enseignements avancés devrait être une, sinon la première préoccupation de la recherche universitaire. Ce qui implique, semble-t-il, une hiérarchie des thèmes sinon des disciplines.

Thèse 9 La formation professionnelle la production de spécialistes, la préparation des techniciens dont la société a besoin, n'est pas la tâche première de l'université. C'est plutôt la responsabilité des écoles des métiers, des écoles professionnelles et des écoles techniques supérieures, lesquelles doivent maintenir d'étroits contacts avec l'université, notamment pour l'échange d'enseignants et d'étudiants. Ainsi serait réalisée une meilleure répartition des tâches au sein des établissements d'enseignement tertiaire: déchargée, l'université pourrait alors veiller à s'acquitter mieux de sa mission spécifique.

Thèse 10 Parallèlement à cette réforme, pour satisfaire une demande croissante en qualité et en quantité, il convient de créer rapidement en Suisse une université de type nouveau, mais de qualité équivalente aux autres, destinée aux étudiants de "deuxième vague", c'est-à-dire sans formation secondaire complète, mais au bénéfice d'une détermination et de moyens intellectuels supérieurs. Pour des raisons

de solidarité confédérale, d'équité et d'efficacité, cette université nationale devrait favoriser, en premier lieu, les étudiants de langue italienne et romanche.

IV. Le préalable d'une réforme dans l'université

Thèse 11 En cette fin du XXe siècle, c'est une grande illusion que vouloir réformer l'université sans la doter au préalable d'un gouvernement qui lui soit propre, un gouvernement responsable parce qu'investi de pouvoirs suffisants pour un temps suffisant. Le temps est révolu où tel Chef de Département, brillant politique, pouvait prétendre gouverner l'université de son siège de Conseiller d'Etat. Le temps est aussi révolu dans lequel prendre la tête de l'université était une tâche d'amateur, confiée pour une année à un professeur éloquent en mal d'honneurs académiques. Pour survivre, l'université contemporaine doit être gouvernée non par un parlement de professeurs, si doctes soient-ils, mais par une poignée d'hommes déterminés, suffisamment dévoués à leur Alma Mater pour lui sacrifier, si nécessaire, leur carrière académique.

Thèse 12 Pour faire passer une réforme dans l'université, il ne faut pas seulement la doter d'un gouvernement. Il faut aussi que celui-ci s'impose pour tâches premières:

- de veiller à la formation d'une politique de l'institution, conforme à la mission et compatible aux exigences de l'environnement politique et social;
- de veiller à obtenir l'aval de cette politique par les autorités politiques, ainsi que leur engagement sur les moyens nécessaires pour soutenir cette politique;
- de veiller à l'acceptation de cette politique par le plus grand nombre de responsables dans la communauté universitaire;
- de veiller à la mise en oeuvre rigoureuse de cette politique par les facultés, les départements, les instituts, l'aide d'une administration propre à l'université.

S'acquitter de ces tâches, à la fois ingrates et exaltantes, ne requiert pas seulement l'appui de la loi et du règlement,

mais aussi et surtout détermination et patience, parfois aussi courage et foi.

Prof. Leuba dankt den Teilnehmern für ihre Einführungsvoten und gibt die Diskussion frei.

Nationalrat Jeanneret ist von den Graphiken, die in der verteilten Unterlage enthalten sind, nicht begeistert. Es gibt keine andauernde Zunahme, der "Pillenknick" des Jahres 1964 wird sich bald auch auf die Studentenzahlen auswirken.

Dr. Deppeler: Er befürwortet nicht den Numerus clausus, ist aber bereit, ihn unter bestimmten Bedingungen in Kauf zu nehmen. Wenn das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nicht mehr spielt, kann mit der Einführung des NC etwas nachgeholfen werden. Die Arbeiten einer besonderen Kommission haben gezeigt, wie schwer es ist, das Medizinstudium zu reformieren. Die Leute können nicht aus ihrer Haut schlüpfen. Wir bilden aber die Mediziner heute genau so aus wie vor 50 - 60 Jahren. Kann für die grossen Zahlen der Studenten das Gleiche gelten wie damals für die wenigen? Die Ausbildung würde sich nur langfristig gründlich ändern lassen, doch stehen wir vor Problemen, die kurzfristig gelöst werden müssen. Er sei froh, dass Direktor Hochstrasser optimistisch ist. Wird aber der Bund seine Politik ändern? Heute wird gespart, wo man nur kann. Ist unser Wunsch nach einem 3 %-Wachstum realistisch? Stimmt es - wie Herr Rivier sagte -, dass es sich nicht um ein finanzielles Problem handle?

Präsident Huber: Um die Politiker zu gewinnen, ist es wichtig, wie die Hochschulen in der Öffentlichkeit erscheinen. Zum Problem des Numerus clausus: er ist kein Gegner aus Prinzip. Die Einführung der Zulassungsbeschränkungen auch nur in einer Disziplin hätte jedoch Auswirkungen auf das Ganze, wäre deshalb gefährlich. Wir müssen es in den nächsten Jahren verhindern.

Direktor Hochstrasser: Der Numerus clausus drängt sich in unserem System gar nicht auf. Heute studieren an unseren Hochschulen rund 64'000 Studenten. Nach den Prognosen wird diese Zahl höchstens auf 73'000 steigen, also um 9'000, das heisst um 16 %. An diesen 16 % kann die Qualität nicht entscheidend scheitern. In der Bundesrepublik Deutschland hat man die zulässige Ueberkapazität auf 30 - 35 % festgelegt. Bei uns wird diese Grenze nicht einmal erreicht. Auch die Standesinteressen darf man nicht als Argument benützen. Eine angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt wird ohnehin kommen.

Nationalrat Jeanneret: Die Situation wird tatsächlich durch Standesinteressen kompliziert. Man muss zwischen Ausbildung und Berufsausübung unterscheiden. Wir sind verpflichtet, nur das erstere zu sichern. Dank dem Konkordat sind alle Schweizer gleichgestellt.- Zum Problem der inneren Reform der Universität, das von den Herren Huber und Rivier erwähnt wurde: man kann zwischen einer Elite und der breiten Masse der Studenten unterscheiden. Wir können jedoch gewisse Entwicklungen nicht mehr rückgängig machen. Deshalb sollte die Selektion eher innerhalb der Universität erfolgen, und zwar bereits in der ersten Phase des Studiums.

Prof. Rivier: Eine besondere, einführende Studienphase sollte sofort zeigen, dass sich gewisse Kandidaten für das Studium nicht eignen. Hier hätte also eine negative Selektion zu erfolgen, die Sicherung der Chancengleichheit wäre die Funktion der Gymnasien. Heute erfüllen die Hochschulen zahlreiche Funktionen, die nicht zu ihrer Hauptaufgabe - der Bildung einer Elite - gehören. Und hier geht es nicht nur um ausgezeichnete Spezialisten, sondern auch um Menschen mit Charakter.

Prof. Leuba wendet sich an die Mitglieder des Plenums mit der Aufforderung, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Herr Furger warnt vor einem bestimmten geistigen Klima, das sich im Augenblick der Krise, bei Finanzknappheit, bildet. Die punktuellen Massnahmen bleiben nicht punktuell, die protektionistische Welle trifft die gesamte Universität. Von den numerischen Beschränkungen ist es nur ein kleiner Schritt zur Beschränkung der Lehr- und Forschungsfreiheit.

Nationalrat Jeanneret: Dem 60-Millionen Kredit kommt der Charakter eines Tests vor dem Parlament zu. Der Kredit wird mit einer kleinen oder mit einer grossen Mehrheit bewilligt, wobei es im zweiten Fall heissen wird: wir übernehmen die Mitverantwortung. Zur Vermeidung des Numerus clausus sollte dann eine intensive Beratung der Maturanden genügen.

Herr John Rufener, Vertreter des Vereins schweizerischer Gymnasiallehrer, schliesst sich der Auffassung von Dr. Deppeler an, wonach der NC unter Umständen - als Ultima ratio - anderen Lösungen vorzuziehen wäre. An allen Gymnasien werden die Maturanden über die Situation in Medizin informiert. Das geschieht nicht, um den Aerztestand zu schützen, sondern um an die Lösung eines bildungspolitischen Problems beizutragen.- Prof. Rivier stellt der Hochschule die Aufgabe, zu selektionieren; viele Dozenten sprechen sich für Eintrittsexamen aus. Heute wird allerdings der elitäre Charakter der Universität in Frage gestellt. Dieses Problem muss offen diskutiert werden.-

Die schweizerischen Hochschulen sind in ihrer Zulassungspolitik nicht autonom, sie müssen alles aufnehmen, was eine andere Instanz als gut befunden hat. Der NC würde keinen Eingriff bedeuten, sondern eher den Schutz der Hochschulen vor Ueberflutung. In anderen Systemen, etwa im anglo-amerikanischen, ist der NC überhaupt kein Problem, man könnte unser System und die Frage seiner Veränderung zur Diskussion stellen.

Direktor Hochstrasser: Man kann auch diese Frage diskutieren. Bei uns erfolgt jedoch die Selektion nicht durch eine Prüfung, sondern im Verlaufe mehrerer Jahre. Diese Art der Selektion ist nicht zufällig; ein Dozent ist durchaus fähig, seine Studenten zu beurteilen. Man sollte sich auch um jene Studierenden kümmern, die versagen und die Hochschule verlassen müssen.

Prof. De Bros: Ein Ausscheiden nach einem längeren Aufenthalt an einer Hochschule führt zu schwierigen Problemen. Er unterstützt die Meinung von Prof. Rivier, dass man die besten Studenten bereits in den ersten Studienjahren erfassen sollte.

Prof. Rivier bemerkt zur Selektion durch die Dozenten, dass sie oft nicht scharf genug ist. Viele Dozenten lassen auch unfähige Kandidaten durch, da sie die Hauptaufgabe der Universität vergessen.

Prof. Rüegg dankt Dr. Deppeler für seinen Realismus. Der NC ist keine heilige Kuh. In der Bundesrepublik hat man allerdings schlechte Erfahrungen gemacht. 1960 fand dort die genau gleiche Diskussion statt, und es wurde abgelehnt, feste Limiten für Studentenzahlen zu setzen. Die Zunahme der Zahl der Studienanfänger sollte durch Neugründungen aufgefangen werden, was jedoch nur als Empfehlung der politischen Gremien aufgefasst wurde.- Wir haben unsere Gymnasien ausgebaut und vergessen dabei, dass früher das Gymnasium tatsächlich auf das Studium vorbereitet hat und eine Gelehrtenvorschule war. Heute spielt dieser Mechanismus nicht mehr. Ob man das Problem mit einem propädeutischen Jahr lösen kann, ist nicht sicher, oder durch Differenzierung innerhalb der Universität, wobei man eine Elite erst auf der höheren Stufe aussondern kann.

Prof. Gern: Studierende, die einige Jahre ausserhalb des Bildungssystems verbracht haben, sind besonders gut motiviert. Würde nicht Einschaltung eines Jahres praktischer Tätigkeit einen liberaleren und effizienteren Weg bedeuten, um das Problem der Qualität zu lösen?

Prof. Rivier bemerkt dazu, dass man nicht alle 18-Jährigen auf die Stellensuche schicken kann. Die Ausbildungszeit würde dann auch länger.

Auf eine Bemerkung von Rektor Jeannet, dass der Nationalfonds auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften zu viel Geld für Publikationen und zu wenig für Forschung ausgibt, antwortet Prof. Gaudard: Eine gute Frage, die jedoch auf schlechten Informationen basiert: im letzten Jahr wurden von der Abteilung 1 des Nationalfonds (Geisteswissenschaften) rund 16 Mio. für Forschung und nur 150'000 für Publikationen bewilligt. Aus dem Forschungskredit werden Stipendien für fortgeschrittene Forscher finanziert sowie - über die einzelnen Universitäten - Stipendien für "junge Forscher". Die grosse Schwierigkeit liegt darin, dass die Zahl der Gesuche wächst, die verfügbaren Finanzmittel zurückgehen. Die zweite Schwierigkeit bilden die für eine längere Zeitperiode zugesprochenen Kredite, die bei rückläufigen Finanzmitteln keinen genügenden Spielraum für neue Kandidaten lassen.

Herr Fritz Egger: Vor zwei Jahren hat man die Probleme Gymnasium - Universität diskutiert, mit dem Willen, sie gemeinsam zu lösen. Das sollte auch für die heutige Diskussion gelten. Man sagt, die Mittelschulen sollten mehr tun, um die Studenten besser auf das Studium vorzubereiten. Aber die Universitäten bilden die Lehrer aus und sind dadurch mitschuldig. Er ist der Auffassung, dass die Hauptaufgabe des Gymnasiums eine gute Vorbereitung auf das Studium ist. Andere Abteilungen der Mittelschule sollten andere Aufgaben, namentlich die Vorbereitung auf den Beruf, übernehmen.- Er bedauert, dass sich die Diskussion zu stark auf den NC konzentriert hat.

Dr. Marty, der als Arzt tätig ist, sieht die Möglichkeit, den NC zu vermeiden vor allem in einer verschärften Selektion in den propädeutischen Jahren. Man sollte zum Beispiel von den Medizinstudenten die gleichen Kenntnisse verlangen wie von den Biologiestudenten.

Dr. Deppeler: Für ihn ist die Entscheidung, ob man den NC beim Eintritt oder bei den propädeutischen Prüfungen einführt,

eine Ermessensfrage. Auch die heute praktizierte Beratung ist eine Art des NC. Werden die Richtigen vom Studium abgeschreckt? Er versteht nicht, warum gerade der eine Typus vom NC tabuisiert wird.

Prof. Siebenmann: Es wurde viel vom "Modell Schweiz" gesprochen, man vergisst aber die politischen Strukturen, wie die Referendum-Demokratie usw. Alle Vorschläge müssen auf der politischen Ebene durchsetzbar sein. Er glaubt zum Beispiel nicht, dass man heute die Idee einer Elite-Universität verkaufen kann.

Prof. Rivier sieht gerade aus diesem Grund eine gute Chance für das propädeutische Jahr, weil dadurch der NC vermieden werden kann und die Maturitäts-Institution nicht tangiert wird. Ein solches Jahr könnte ohne Mitwirkung der Politiker eingeführt werden.

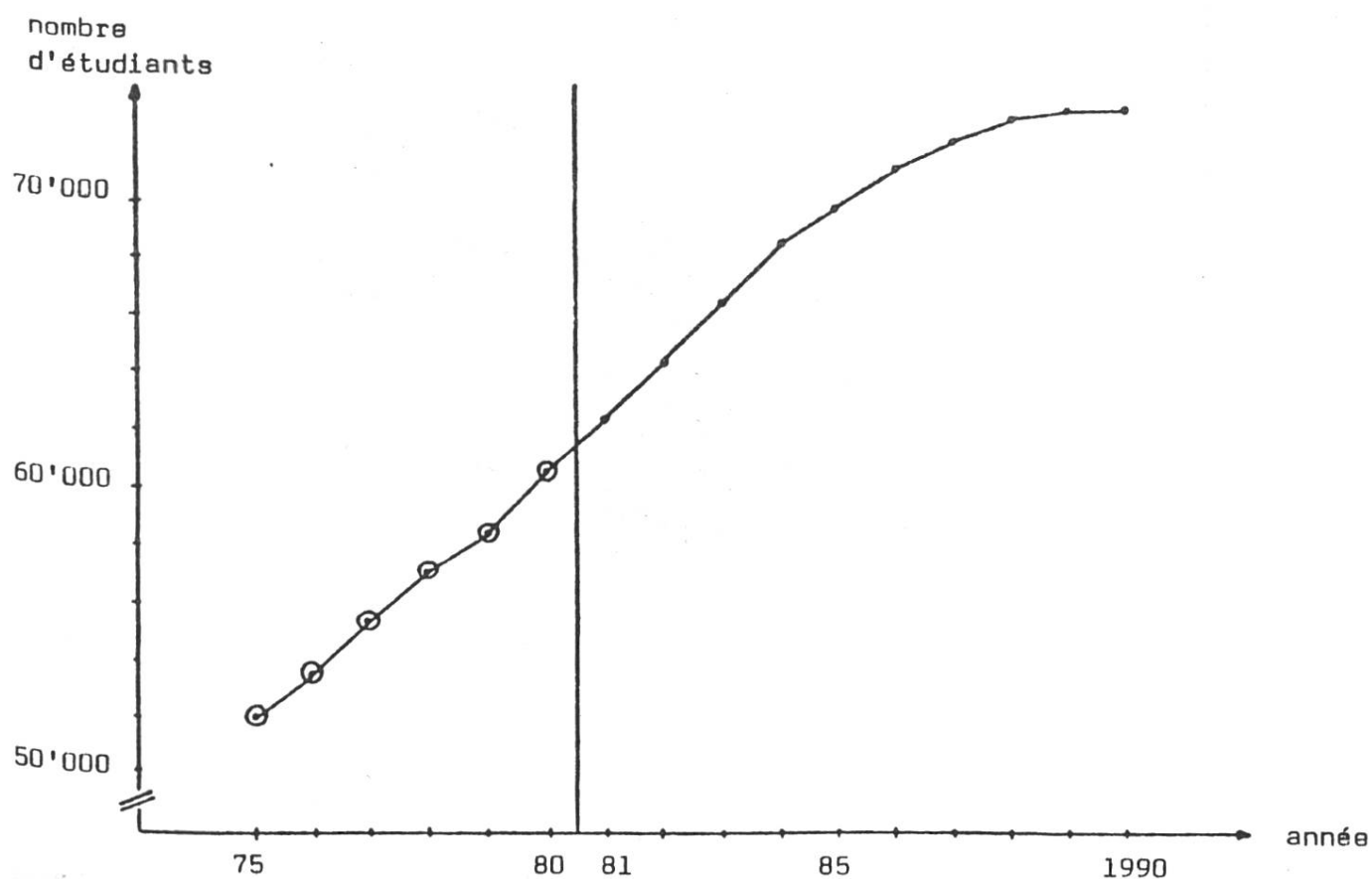
Herr Cléménçon, Direktor des Gymnasiums Neuchâtel und Vertreter der Gymnasialrektorenkonferenz, stellt ein gewisses Misstrauen den Mittelschulen gegenüber fest. Prof. Rivier glaubt zum Beispiel, dass die Vermehrung der Maturitätstypen das allgemeine Niveau herabgesetzt hat. Die Gymnasien tun alles, um die Qualität zu erhalten. Sie werden aber mit der Forderung nach Oeffnung konfrontiert. Es wird auch die Frage gestellt, ob der Uebergang auf die Hochschule weiterhin automatisch, das heisst ohne Kontrollexamen, erfolgen soll.- Man müsste die Ziele der gymnasialen Bildung und auch die Methoden gemeinsam diskutieren, da die Hochschulen die Lehrer ausbilden. Ist zum Beispiel die Entwicklung im Unterricht der Fremdsprachen richtig, wenn man die Genauigkeit des Ausdrucks weitgehend vernachlässigt, um die Fähigkeit, sich zu verständigen, besonders zu fördern?

Prof. Leuba schliesst die Diskussion mit der Feststellung, dass bestimmte wichtige Themen, wie etwa das Verhältnis Lehre - Forschung, gar nicht diskutiert worden seien, und mit dem Dank, vor allem an jene, die sich an der Diskussion aktiv beteiligt haben.

II. Documentation est1. Evolution du nombre des étudiants

(Prévisions de l'Office fédéral de l'éducation et de la science,
janvier 1982)

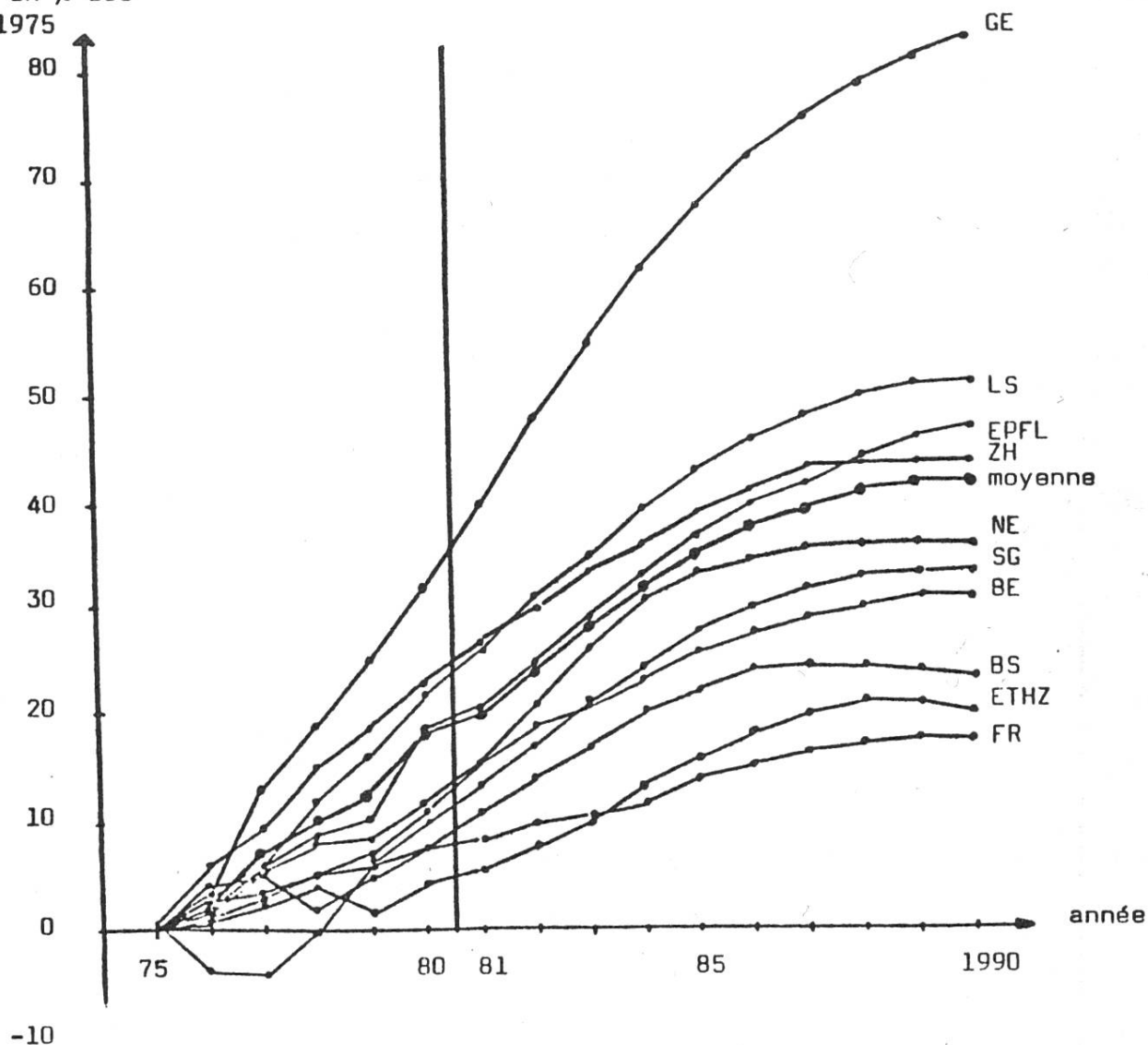
Etudiants 1975 - 1990



2. Evolution du nombre des étudiants des différentes hautes écoles
(Prévisions de l'Office fédéral de l'éducation et de la science,
janvier 1982)

Croissance du nombre des étudiants. Prévisions 1981-1990

croissance en % des
effectifs 1975



3. Contributions de la Confédération et des cantons universitaires aux charges des huit Universités cantonales (en mio de frs.)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Confédération	95,1	144,0	192,2	202,0	213,8	247,7	253,8	256,3	273,3	248,5
Cantons universitaires	507,9	546,4	630,9	730,8	766,0	777,9	812,9	868,3	875,9	1016,0

4. Subventions de base de la Confédération aux hautes écoles cantonales, 1969-1980

("Hautes écoles et formation vue d'ensemble", 1981, p. 98 et communication de l'Office de la science et de la recherche)

Année	Total des subventions de base versées aux universités en mio de frs	Quote part des dépenses d'exploitation en %
1969	59,1	18,2
1970	68,8	18,7
1971	93,1	19,9
1972	112,1	19,8
1973	123,2	18,9
1974	129,6	17,1
1975	146,0	17,3
1976	164,2	18,6
1977	184,2	20,4
1978	186,0	19,7
1979	187,1	19,1
1980	189,0	16,7

5. Subventions de base de la Confédération aux hautes écoles cantonales, 1984-1987

("Perspectives financières" de l'Office fédéral de l'éducation et de la science, Juin 1981, p. 4). Les chiffres suivants tiennent compte d'une augmentation de l'indice de 3,5 % par année.

Année de subventionnement →	Base 1983	cinquième période de subventionnement				
		1984	1985	1986	1987	Total
en mio francs						
Taux de renchérissement moyen: 3,5%	230,0	238,0	246,4	254,6	263,5	1'002,5

6. Contributions des cantons non universitaires aux hautes écoles cantonales

(Estimation de la Conférence universitaire suisse du 7.7.1981). En mio de frs.

1981	1982	1983	1984	1985	1986
38,1*	39,2	40,2	55,0	56,4	72,0

* En 1981 les paiements effectifs se sont montés à 36,5 mio de frs.

Constatations

1. Le nombre des étudiants dans les dix universités suisses continuera à augmenter jusqu'en 1990 pour atteindre quelque 73'000 contre 60'000 en 1980. (Prévisions de l'Office fédéral de l'éducation et de la science, janvier 1982).
2. Les deux plus grandes universités de Genève et de Zurich, cantons économiquement forts, devront faire face à une augmentation du nombre des étudiants nettement supérieurs à la moyenne.
3. "... l'écart entre l'augmentation du nombre des étudiants et l'accroissement des moyens consacrés aux dépenses d'exploitation s'est creusé ces dernières années... Il est difficile de juger, actuellement, dans quelle mesure la Confédération et les cantons mettront, pendant cette décennie, davantage de moyens, en valeur réelle, à la disposition des universités." ("Perspectives générales du développement universitaire suisse, 1981-1990" du Conseil suisse de la science du 21 mai 1981, p. 8).
4. "... un certain nombre de faits récents de la politique universitaire - le rejet en 1978 de la nouvelle Loi fédérale sur l'aide aux hautes écoles et la recherche (LAHER), l'échec du projet d'université de Lucerne, la réduction des crédits d'aide aux universités - révèlent que les universités ne peuvent plus compter sur le soutien inconditionnel de la population ni des autorités." ("Perspectives" du Conseil suisse de la science, p. 11).

Conséquences

1. "...à défaut d'une augmentation réelle des moyens financiers mis à leur disposition, il sera quasi impossible aux hautes écoles de maîtriser les problèmes qui se posent actuellement et qui risquent de s'accroître à l'avenir." ("Perspectives" du Conseil suisse de la science, p. 8).
2. "Malgré tous les efforts de rationalisation le maintien de la qualité de l'enseignement, de la recherche et des prestations de service n'est plus possible... sans un minimum de moyens complémentaires." (Projet du "Plan suisse des intentions", 1982).
3. Les professeurs des hautes écoles ressentiront particulièrement cette évolution négative. Ils seront de plus en plus accaparés par les tâches d'enseignement (conseil et direction individuelle des étudiants, préparation et assistance aux examens, etc.). Il leur restera, par la force des choses, toujours moins de temps à consacrer aux autres activités (recherche, service etc.). Cette évolution touche en règle générale surtout les branches qui enregistrent de forts taux de croissance (lettres, droit, sciences sociales). Or, comme la recherche a une influence stimulante et novatrice sur les programmes d'enseignement, une diminution des dépenses de recherche a un effet négatif sur la nature de ces programmes. ("Perspectives" du Conseil suisse de la science, p. 10).
4. La forte croissance du nombre des étudiants et les possibilités limitées d'élargissement du corps enseignant ont des retombées directes sur les conditions d'études. Les cours ex cathedra permettent de toucher un plus grand nombre d'étudiants à la fois que les autres formes d'enseignement. L'enseignement par groupes plus restreints (séminaire à nombre limité d'étudiants) devient impossible ne serait-ce que par manque de personnel. Cette standardisation de l'enseignement trouve son pendant dans le système d'examens: les procédés destinés à rendre l'appréciation plus "objective" se substituent à l'examen individuel. ("Perspectives" du Conseil suisse de la science, p. 17).
5. La demande toujours plus nette de cours de formation continue (études post-grades) ne peut être satisfaite.

Feststellungen

1. Die Gesamtzahl der Studenten in den zehn schweizerischen Hochschulen wird von rund 60'000 im Jahre 1980 auf rund 73'000 im Jahre 1990 steigen (Prognose des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, Januar 1982).
2. Die beiden grössten Hochschulen, die wesentlich von den finanzstarken Kantonen Zürich und Genf getragen werden, werden voraussichtlich die grössten Wachstumsraten der Studentenzahlen aufweisen.
3. "... in den letzten Jahren (hat sich) die Schere zwischen dem Wachstum der Studentenzahlen und der Zunahme der Betriebsmittel geöffnet... Ob Bund und Kantone in diesem Jahrzehnt den Hochschulen real mehr Mittel zur Verfügung stellen können, lässt sich heute nicht abschliessend beurteilen" ("Perspektiven der schweizerischen Hochschulentwicklung 1981-1990" des Wissenschaftsrates vom 21. Mai 1981, S. 8).
4. "... verschiedene hochschulpolitische Ereignisse der vergangenen Jahre - die Ablehnung des HFFG im Jahre 1978, das Scheitern des Luzerner Hochschulprojektes, die Kürzung der Mittel für die Hochschulförderung - (weisen) darauf hin, dass die Hochschulen nicht mehr mit der ungeteilten Unterstützung seitens der Bevölkerung und der Behörden rechnen können." ("Perspektiven" des Wissenschaftsrates, S. 11).

Folgen

1. "... die Hochschulen (werden) ohne real steigende Mittel die Probleme, die sich in Lehre und Forschung, Personal- und Mitteleinsatz heute abzeichnen und in Zukunft verschärfen können, kaum bewältigen...". ("Perspektiven" des Wissenschaftsrates, S. 8).
2. "Trotz allen Rationalisierungsbestrebungen ist die Erhaltung der Qualität von Lehre, Forschung und Dienstleistung... ohne ein Minimum an zusätzlichen Mitteln nicht mehr möglich." (Entwurf zum "Gesamtschweizerischen Absichtspland", 1982).
3. Namentlich muss die wachsende Belastung der Hochschullehrer durch die Lehre (inklusive individuelle Beratung und Betreuung, Vorbereitung und Durchführung von Examina etc.) zur Minderung der für die übrigen Aufgaben (Forschung, Dienstleistungen etc.) verfügbaren Zeit führen. Diese Entwicklung erfasst vor allem jene Disziplinen, die grosse Wachstumsraten der Studentenzahlen aufweisen (Bereiche der Geistes-, Rechts- und Sozialwissenschaften). Weil durch die Forschung das Lehrangebot stimuliert und innoviert wird, wirkt sich eine Verringerung des Forschungsaufwandes ungünstig auf die Art des Lehrangebotes aus. ("Perspektiven" des Wissenschaftsrates, S. 10).
4. Das starke Wachstum der Studentenzahlen und die nur beschränkten Erweiterungsmöglichkeiten des Lehrkörpers wirken sich auf die Lehre negativ aus. Mit Grossveranstaltungen können mehr Studierende erreicht werden als mit anderen Lehrformen. Effektivere Lehrformen, wie Seminarien oder kleine Gruppen, sind oft aus Gründen des Personalmangels nicht zu verwirklichen. Dies findet eine Entsprechung auch im Prüfungswesen (objektivierende Verfahren statt individuelle Prüfungen).
5. Die immer stärkere Nachfrage nach einem Weiterbildungsangebot der Hochschulen (Nachdiplomabildungen und das rekurrente Bildungsangebot) kann nicht befriedigt werden.

III. Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung

Traktanden:

1. Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 19. Januar 1980 (erschieden im "Bulletin", Oktober 1980)
2. Bericht des Präsidenten über die Vereinsjahre 1980-1981
3. Bericht des Rechnungsführers und der Rechnungsrevisoren
4. Annahme der Berichte und Décharge-Erteilung
5. Festsetzung des Jahresbeitrages für 1982-1983
6. Wahl des neuen Vorstandes, der Rechnungsrevisoren und des Redaktors des "Bulletins"
7. Wahl der Delegierten in andere Vereinigungen
8. Verschiedenes

Um 9.45 Uhr eröffnet der Präsident, Prof. Dr. Jean-Louis Leuba, die Sitzung.

1. Das Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 19. Januar 1980 wird genehmigt und verdankt. Es wurde im "Bulletin" der Vereinigung Nr. 6/2, Oktober 1980, abgedruckt.
2. Bericht des Präsidenten über die Vereinsjahre 1980-1981
 - a) Das Bulletin der Vereinigung erschien regelmässig zweimal pro Jahr und enthielt - neben den Berichten unserer Korrespondenten über die einzelnen Hochschulen - die folgenden Beiträge: den Bericht von Prof. Ernst Heer über die von ihm präsierte Kommission für Hochschulplanung; den Artikel von Prof. Leroy, dem Alt-Präsidenten der Universität Grenoble, über Studien und Diplome in den französischen Universitäten; einen sehr aktuellen Beitrag von Prof. Pletscher, dem Präsidenten des Nationalfonds, über die Konsequenzen der schlechten finanziellen Lage für die Hochschulen und die

Grundlagenforschung. In der Oktober-Nummer des Jahres 1980 wurden drei Stellungnahmen von den Kollegen Dominique Rivier, Christoph Tamm und Peter G. Waser veröffentlicht zum Thema, das auch heute den Gegenstand der Diskussion am "Runden Tisch" bilden wird: "Ist die Qualität von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen gefährdet infolge der noch immer zunehmenden Studentenzahlen, und wenn ja, was ist dagegen zu unternehmen?". In der Nummer "April 1981" folgten sodann sechs weitere Stellungnahmen von den Herren Gaudard, Walder, Miller, Burgener und Rüegg sowie von Frau Hamburger.

- b) Der Vorstand der Vereinigung prüfte im Rahmen der Vernehmlassung den Entwurf für das neue Forschungsgesetz. Seine Stellungnahme wurde im Bulletin abgedruckt. Sie konzentrierte sich auf drei Punkte: die Sorge um die Freiheit der Forschung; die Warnung vor einer Koordination im Bereiche der Forschung, welche die Spontaneität der Forscher - die einzige Quelle einer originellen Forschung - einschränken würde; die Forderung nach einer Präzisierung der Entscheidungsbefugnisse der im neuen Gesetz vorgesehenen Rekurskommission.
- c) Die Vereinigung nahm durch ihre Vertreter an Aktivitäten der Schweizerischen Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft teil, besonders in der Sektion I, der sie neben den Philosophen, Theologen und Juristen angehört. Im Rahmen der Generalversammlung dieser Gesellschaft führen wir auch unsere diesjährige Mitgliederversammlung durch.
- d) Internationale Beziehungen. Unsere Vereinigung wurde mehrere Male aufgefordert, ihre Mitgliedschaft in der International Association of University Professors and Lecturers (IAUPL) zu erneuern. Die Tätigkeit dieser Organisation ist heute nicht mehr die gleiche, wie noch vor wenigen Jahren. Der Vorstand hat deshalb beschlossen - nach Erkundigungen, die beim Deutschen Hochschulverband eingeholt wurden - diesen Aufforderungen keine Folge zu leisten.

- e) Die Vereinigung wurde eingeladen, sich an der Gründung der Peter Hans Frey-Stiftung zu beteiligen. Diese Stiftung, die durch das Testament von Herrn Hans Albert Frey-Hugon ins Leben gerufen wurde, hat zum Zweck, wertvolle Beiträge sei es individueller Forscher oder Institutionen an theoretische oder praktische Pädagogik zu prämiieren. Dem letzten Willen von Herrn Frey entsprechend, hat der Vorstand drei Kollegen als Vertreter der drei Nationalsprachen-Bereiche für den Stiftungsrat nominiert: Herrn Heinrich Tuggener (Deutsch), Frau Anne-Nelly Perret-Clermont (Französisch) und Herrn Giovanni Bonalumi (Italienisch).
- f) Der Präsident hat die Vereinigung bei verschiedenen Anlässen vertreten, namentlich in der Gründungssitzung der Akademie der Technischen Wissenschaften, die am 9. April 1981 in Bern stattfand.
- g) Der Präsident schliesst seinen Bericht mit dem Dank an seine Kollegen im Vorstand für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und für alle Dienste, die sie für die Vereinigung geleistet haben.

3. Bericht des Rechnungsführers und der Rechnungsrevisoren

Das Vereinsvermögen hat vom 1. November 1979 bis 31. Oktober 1981 von Fr. 24'023.45 auf Fr. 36'509.- zugenommen. Die Professoren Pierre Barthel und Jean Pierre Gern haben als Revisoren die Rechnung geprüft und in Ordnung befunden. Sie beantragen in ihrem schriftlichen Bericht Abnahme der Rechnung und Décharge-Erteilung. Prof. Gsteiger stellt die Frage, ob es für die Vereinigung sinnvoll sei, eine so hohe finanzielle Reserve zu haben. Prof. Hochstrasser regt an, didaktische Weiterbildungskurse für Hochschuldozenten zu organisieren, wobei man auch ausländische Referenten einladen könnte. Der Sekretär berichtet, dass man vor allem das Bulletin ausbauen möchte, indem zum Beispiel statt zwei, vier Nummern pro Jahr erscheinen könnten. Auch eine Sondernummer, die der Hochschuldidaktik gewidmet sein sollte, wird geplant.

4. Die Berichte des Präsidenten, des Rechnungsführers und der Rechnungsrevisoren werden einstimmig genehmigt und dem Sekretär Entlastung gewährt.
5. Festsetzung des Jahresbeitrages. Der Jahresbeitrag für 1982 und 1983 wird einstimmig auf der gleichen Höhe von Fr. 10.- und der Beitrag der Mitglieder auf Lebenszeit auf Fr. 150.- belassen.
6. Wahl des neuen Vorstandes. In den Vorstand werden für die Vereinsperiode 1982-1983 gewählt:
 - als Präsident: Prof. Dr. Hans Heinrich Bosshard
ETH Zürich
 - als weitere Mitglieder des Vororts ETH Zürich:
Prof. Dr. Heinrich Baggenstos und
Prof. Dr. Hans Sticher
 - als Vertreter des bisherigen Vororts:
Prof. Dr. Jean-Louis Leuba, Neuenburg
 - als Vertreter des künftigen Vororts:
Prof. Dr. Marcel Piérart, Freiburg
 - als Redaktor des Bulletins:
Prof. Dr. Otto Woodtli, Universität Zürich
 - als Rechnungsrevisoren:
Prof. Dr. Kurt Eiberle und
Prof. Dr. Willi Sauter
7. Wahl der Delegierten in andere Vereinigungen
Für die Vereinsperiode 1982-83 werden gewählt
 - als Delegierte in der Schweizerischen Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft:
Prof. Dr. Hans Heinrich Bosshard, ex officio, und
Prof. Dr. Jean-Louis Leuba, Neuenburg
 - als Delegierter in der Kommission Gymnasium-Universität:
Prof. Dr. Jean-Louis Leuba, Neuenburg
8. Verschiedenes. Keine Wortmeldungen.

Um 10.05 Uhr schliesst der Präsident die Sitzung mit dem Dank an alle Anwesenden.

Andreas Miller